



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/281 - 6.12.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Die große Anfrage der SPD zum Fall Schmeisser	S. 1
Edens Reise nach den USA	S. 3
Die Zone auf dem Wege zur totalen Militarisierung	S. 5
Symptomatisches Filmprädikat	S. 7

Im Interesse der Demokratie

sp - Die Große Anfrage der Sozialdemokratischen Partei zum Fall Schmeisser, die am Mittwoch begründet und von der Regierung, vermutlich durch den Bundeskanzler selbst, beantwortet werden wird, dient dem Zweck der Aufklärung eines dunkel gebliebenen Tatbestandes, nicht dem der Propaganda gegen die Bundesregierung. Es ist notwendig, das unmißverständlich zu sagen, um von vornherein irrigen Behauptungen oder böswilligen Unterstellungen vorzubeugen. Die Person des Agenten Schmeisser ist kaum geeignet, als a priori zuverlässige Quelle für Informationen angesehen zu werden, die Grundlage einer ernsten politischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung auf hoher Ebene werden könnte. Die SPD beabsichtigt nicht, wie es von sehr massgebender Seite ihr selbst gegenüber geschehen ist, unkontrolliertes Agentenmaterial für ihre eigenen politischen Zwecke auszuwerten. Alles was sie verlangt ist, die Klarheit zu schaffen, auf die die Bevölkerung der Bundesrepublik Anspruch hat, nachdem der Schmeisser-Prozess einmal angelaufen war.

Dabei geht es nicht primär um die Person des Bundeskanzlers, sondern um die institutionelle Seite dieser Angelegenheit, darum, dass der Öffentlichkeit eine klare Antwort auf die in kanoverschen Prozess angeschnittenen aber nicht beantworteten Fragen gegeben wird. Ganz offensichtlich haben den betreffenden Männern in der Regierung in dieser Sache zwei Möglichkeiten offen gestanden. Sie hätten - 2 -

sich, vielleicht, auf den Standpunkt stellen können: Wir lassen uns auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem gegen uns vorgebrachten Material nicht ein, weil die Person, die uns angreift, bzw. nach unserer Meinung verleumdet, nach ihrer ganzen Zwiespältigkeit und Unseriösität kein geeigneter Partner für uns ist. Das wäre eine Haltung gewesen, die gewiss manchen Zweifel in das Verhalten so hoher Beamter in der Vergangenheit offengelassen hätte. Aber eine Haltung, für die man vielleicht noch ein gewisses Verständnis hätte aufbringen können. Der andere Weg bestand darin, einen Prozess anzustrengen mit dem Ziel, die Behauptungen bzw. Verleumdungen einwandfrei zu widerlegen.

Der Bundeskanzler und die hohen Beamten seiner Regierung haben sich aber dafür entschieden, den Prozess zu verlangen, ihn bis unmittelbar vor die Entscheidung zu führen und ihn dann abzubrechen, ohne auf einem Ergebnis zu bestehen, das den Kern des Wahrheitsbeweises blossgelegt hätte. Das hat in der breitesten Öffentlichkeit, in Deutschland selbst wie in Ausland, äusserstes Befremden und Mißtrauen ausgelöst. Man wird sich erinnern, dass damals, als der Vergleich des Kanzlers und seiner Mitarbeiter vor allem mit dem Agenten Schmeisser geschlossen wurde, die Urteile auf diesen unverständlichen Schritt fast einhellig ablehnend waren, auch in den Kreisen, die politisch dem Kanzler und seiner Regierung durchaus nahestehen. Die Kommentare aller grossen Zeitungen, von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bis zur "Kölnischen Rundschau" und dem "Rheinischen Merkur" waren sich in der Verurteilung dessen, wie in Hannover der Prozess beendet wurde, einig. Sie sehen mit Recht in dieser Methode eine Ermunterung für alle berufsmässigen antidemokratischen Kreise, ihre dunklen politischen Geschäfte weiter zu betreiben und hochgestellte Repräsentanten der Bundesrepublik in den Verdacht schwerer Verfehlungen zu bringen, weil diese Repräsentanten nicht darauf bestanden, absolute Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

Das Hauptanliegen der Sozialdemokratie im Bundestag liegt also darin, Klarheit in die Motive zu bringen, die für die Zurückziehung der Klage und die Zustimmung zum Vergleich massgebend gewesen sind, wobei in diesem Zusammenhang selbst die Frage gar nicht entscheidend ist, von wem der erste Anstoss für die Niederschlagung des Prozesses ausgegangen ist.

In den Stunden, als der Kanzler den Beschluss fasste, sich nach dem angelaufenen Prozess in einen Vergleich mit dem Agenten einer ausländischen Macht einzulassen, fiel auf der Seite seiner Vertretung das Wort von den "höheren staatlichen Interessen, die auf dem Spiel standen und denen Rechnung zu tragen sei." Das war ein nicht ganz verständliches Wort, denn wenn die Staatsraison einer Diktatur die Methode der Vertuschung vielleicht nicht nur zulässt, sondern sogar erfordert, so verlangt die Staatsraison der Demokratie in jedem Fall das Prinzip der Klarheit. Es ist der Sinn der Grossen Anfrage der SPD, dass diesem Prinzip zu seinem Recht verholfen wird.

Auf der Suche nach einer neuen Politik

E. A., London

Der britische Premierminister bemüht sich, eine neue politische Linie der Westmächte auszuarbeiten. Er wünscht, im Januar Präsident Eisenhower einen Besuch abzustatten, um mit ihm die nach dem Scheitern der Genfer Konferenz notwendig gewordenen Schritte zu beraten. Im April werden Marschall Bulganin und Herr Chruschtschow London besuchen. Sir Anthony möchte die westliche Position geklärt sehen, ehe er seine Gäste empfangen muss.

Whitehall glaubt, dass sich die Sowjetunion so stark und sicher fühle, dass sie keinerlei Zugeständnisse, um eine Verständigung mit dem Westen herbeizuführen, machen zu müssen glaube. Bei einer derartigen Unnachgiebigkeit dem Westen gegenüber gestaltet sich aber das deutsche Problem zu einer noch dornigeren Aufgabe. Wie kann man, so fragt man in London, die Deutschen daran hindern, die Geduld zu verlieren. Wenn die westliche Politik nicht erreichen kann, die Wiedervereinigung herbeizuführen, so wird man in Westdeutschland notgedrungen nach eigenen Wegen suchen. Sir Anthony soll übrigens der Meinung sein, man könne der Bonner Regierung ruhig freie Hand lassen, um von sich aus Verhandlungen mit Moskau und falls nötig sogar mit dem Grotewohl-Regime aufzunehmen.

Revision der NATO-Verteidigungspläne

Neben dem Rat, der Bundesregierung Bewegungsfreiheit für Verhandlungen mit Moskau einzuräumen, möchte Sir Anthony bei Eisenhower darauf dringen, dass die Verteidigungspläne der NATO revidiert werden müssen. Man glaubt in London, dass man wohl die in diesem Jahre erfolgten Herabsetzungen der Aufwendungen nicht mehr rückgängig machen könne, dass aber jede weitere Reduzierung angesichts der Haltung der Sowjets gefährliche Konsequenzen haben müsse. Sir Anthony Eden möchte ferner die Situation im Mittleren Osten und in Afrika mit dem amerikanischen Präsidenten diskutieren. Er wünscht zu verhindern, dass weitere Länder im Mittelosten und in Afrika das ägyptische Beispiel, sich in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung an den Sowjetblock anzulehnen, nachahmen.

Einer der wichtigsten Diskussionspunkte aber bildet nach englischer

Ansicht ein neues Wirtschaftshilfe-Programm, mit dem der Westen die Hilfsangebote der Sowjetunion an die zurückgebliebenen Länder überbieten und aus dem Felde schlagen könnte. Man erkennt in London die Schwierigkeiten eines solchen Projektes nicht. Einmal sind der amerikanischen Regierung zur Zeit mit Hinblick auf die Präsidentenwahlen die Hände gebunden. Zum anderen sind der hilfsbedürftigen Länder viele, es sind die "nicht festgelegten Regionen" unseres Erdballes. Um diese Gebiete geht der Wettbewerb der ko-existierenden Giganten, des demokratisch-kapitalistischen Westens, und des kommunistisch-diktatorischen Ostblocks. Bulganin und Chruschtschow traten in Indien, Burma usw. als die Handelsreisenden der wettbewerbenden Ko-Existenz auf, wie sie in Moskau verstanden wird. Nur ein Super-Marshall-Plan könnte ihnen nach englischer Ansicht die Initiative wieder aus der Hand nehmen.

Besorgnisse der Stahlindustriellen

Wie sehr der Westen mit einer rapiden Ausdehnung der sowjetischen Wirtschaftsmacht rechnen muss, wurde den Engländern durch den Bericht von fünf führenden Repräsentanten der britischen Stahlindustrie vor Augen geführt, die vor kurzem eine Inspektionsreise der sowjetischen Stahlwerke und Erzgruben gemacht hat. Die sowjetische Stahlproduktion schnellte von 25,4 Millionen Tonnen auf 41 Millionen Tonnen 1954 und 45 Millionen Tonnen im laufenden Jahre empor. In fünf Jahren dürfte sie 60 Millionen Tonnen Stahl erreichen und damit die westeuropäische Produktion einholen.

In den modernen russischen Werken ist die Stahlproduktion pro Arbeitskraft ungefähr ebenso hoch wie in den britischen Stahlwerken. Nach dem Bericht der britischen Stahlindustriellen scheint sich die rasche Ausdehnung der Sowjetindustrie auf folgende Faktoren zu stützen: Reichtum an Rohstoffen, Konzentrierung auf technische und wissenschaftliche Erziehung, jeder nur mögliche - vor allem auch finanzielle - Ansporn für höhere Produktivität wird ausgenützt, und ein grösserer Anteil des Volkseinkommens wird für industrielle Expansion investiert, wobei der Konsum gedrosselt bleibt. "So lange", heisst es in dem Bericht der Stahlindustriellen, "wie die russischen Arbeiter sich mit dem halben Lebensstandard wie die britischen begnügen und dabei doch eine etwa gleiche Höhe der Produktivität erzielen, können russische Industrieprodukte billig auf dem Weltmarkt verkauft werden. Sehr tiefe Besorgnis über die Wettbewerbsfähigkeit der Sowjetunion, besonders auf dem Gebiete von Stahl und Stahlprodukten, ist durchaus am Platze".

Ulbrichts Griff zu den Waffen

E.Z.-Berlin

Moskau hat jetzt offenbar für Pankow die schon lange gewünschte Militarisierung in der Sowjetzone freigegeben. Dabei ist freilich noch nicht entschieden, wieweit über die kürzlich erfolgte Proklamierung der "Nationalen Streitkräfte" hinaus durch die Einführung eines allgemeinen Militärdienstes eine Aufrüstung der Zone möglich ist. Bisher war die Situation so, dass nach der Entlassung von etwa 40 000 Angehörigen der "Kasernierten Volkspolizei" nach Ablauf ihrer Dienstverpflichtung und nach Wiederauffüllung der Lücken durch die Pressung von "Freiwilligen", seit einigen Monaten die allgemeine Werbung für die KVP eingestellt worden war. Bei dieser bisherigen Selbstbeschränkung der Sowjetzonenregierung spielten sicher nicht nur Anweisungen aus Moskau, sondern auch Überlegungen über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und finanziellen Realisierung einer allgemeinen Wehrpflicht und der Angleichung der Zone an den militärischen Status der Ostblockstaaten eine gewichtige Rolle.

Dass jetzt die Würfel im Sinne einer allgemeinen Militarisierungspolitik gefallen sind, scheint die letzte Ausgabe des vom ZK der SED herausgegebenen Funktionärsorgans "Neuer Weg" anzudeuten, in dem der Mitarbeiter des ZK, Siegfried Otto, erklärt, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten in der "volkeigenen" Industrie "seien" sehr bedeutend für die Landesverteidigung." Zum ersten Mal lässt die SED hier die Behauptung fallen, dass das Antreibersystem, wie es seinen Ausdruck in der Erhöhung der Arbeitsnormen findet, ausschliesslich dem Zwecke der Erhöhung des Lebensstandards der breiten Masse diene. Das Funktionärorgan des ZK gibt erstmalig auch Direktiven, auf allen Gebieten die "militärpolitische Propaganda" zu verstärken. Diese ZK-Zeitschrift muss anklagend feststellen, dass die "militärpolitische Propaganda, während die Werktätigen mit der praktischen militärischen Ausbildung in den Kampfgruppen in der 'Gesellschaft für Sport und Technik' verstärkt begonnen haben, in der Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse auf dem Gebiet der militärischen Erziehung und Ausbildung, der Kriegsgeschichte, sowie der Militärwissenschaft ausserst schwach gewesen ist." Was bisher auf

dem Gebiete der militärpolitischen Propaganda der SED geschehen sei, befinde sich auf einem wissenschaftlich unbefriedigenden Niveau, sei planlos erfolgt und werde daher den gegenwärtigen Anforderungen keineswegs gerecht.

Der ZK-Mitarbeiter Otto fordert die totale Militarisierung der Parteiarbeit, wenn er erklärt, "man müsse jetzt endgültig mit der falschen Auffassung Schluss machen, dass für die militärpolitische Propaganda in erster Linie die Kader der bewaffneten Organe der Republik zuständig seien". Die militärpolitische Propaganda müsse jetzt zum Hauptbestandteil der patriotischen Erziehung des Volkes gemacht werden. Bisher hätte man sich nicht des Eindrucks erwehren können, dass "das Leben der Volksmassen fast nur in Form von friedfertiger Feierabendgestaltung vor sich gehe, als ob die kämpferischen Traditionen der deutschen Arbeiterklasse nicht zum kulturellen Erbe der DDR gehörten."

Die SED-Führung scheut sich also nicht, die militärische Tradition des deutschen Volkes, die bisher von ihr stets als "feudalistisch" und "imperialistisch" gebrandmarkt wurde, in den Dienst der ideologischen Militarisierung zu stellen. Das ZK-Organ stellt fest, dass der Grundsatz, die nationalen Traditionen seien eine Kraftquelle auch für die Gegenwart, voll und ganz auch auf das Gebiet der militärischen Traditionen zutreffe. Die demonstrative Ehrung Scharnhorsts durch die kommunistische KVP auf einem Ostberliner Friedhof war ein besonders deutliches Zeichen für die praktische Ausernutzung nationalistischer Gefühle auf dem Sektor der kommunistischen militärpolitischen Propaganda.

Wenn Ulbricht vor einigen Tagen auf einer sogenannten "Sportkonferenz" in Chemnitz im Sinne einer Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft eine allgemeine vormilitärische Ausbildung in der Zone forderte, dann beweist die Tatsache, dass die GST (Gesellschaft für Sport und Technik) seit einigen Wochen schon wieder Fallschirmabsprünge, z.B. auf dem Flugplatz Cottbus, übt, wie weit die ideologische und praktische Militarisierung in der Zone fortgeschritten ist.

"Wertvoll" für den Film "Solange Du lebst"

Man schreibt uns:

Kürzlich hat der Berufungsausschuss der Filmbewertungsstelle der Länder in Wiesbaden-Biebrich den Film "Solange Du lebst" mit dem Prädikat "wertvoll" ausgezeichnet.

Das ist ein gefährlicher Entscheid. Den Rahmen zu der während des spanischen Bürgerkrieges spielenden Liebesgeschichte bildet der Einsatz Hitlers "Legion Condor", die Franco den Weg entscheidend ebnete. Es blieb diesem Film vorbehalten, die Bundesrepublik mit der Glorifizierung dieser Tat des Dritten Reiches zu belasten und die historischen Ereignisse so darzustellen, dass der Beschauer den Eindruck erhält, als hätten sich im spanischen Bürgerkrieg ausser ein paar alten Veteranen der spanischen KP nur Sowjet-Russen - geführt von ihren Kommissaren - gegen den Einbruch Francos gewehrt und sich nahezu alle Spanier, unterstützt von deutschen Flugeinheiten, für den heranrückenden Diktator begeistert.

In dem Film ist nichts zu spüren von den Anhängern der Republik Azanas, die kurz vor dem Einfall Francos einen Wahlsieg errungen hatten, der einwandfrei Zeugnis dafür ablegt, dass Spanien sich in seiner Mehrheit für eine demokratische Ordnung und keinesfalls für eine Diktatur ausgesprochen hatte. Uns allen bekannte Spanier, - wie z.B. Unamuno, Casals und jahrelang auch der verorbene Ortega y Gasset, - verliessen Spanien und zogen das Exil der geistigen Unfreiheit einer Diktatur vor. Das alles wäre unverständlich, wenn man die Version des Films "Solange Du lebst" als wahr unterstellt.

Es erübrigt sich, über die diesen Rahmen eingebaute Spielhandlung zu reden: die Liebesgeschichte einer von Marianne Koch verkörperten spanischen Lehrerin, die einen deutschen verwundeten Flieger versteckt, pflegt, ihn liebt und ihn des ihr seit Kindheit anverlobten Spaniers willen - der in Madrid an der Seite der Deutschen kämpft - verlässt. Denn die entscheidende Frage heisst: haben wir nichts anderes zu tun, als uns im Film der Taten Hitlers zu rühmen und Geschichte so einseitig darzustellen, dass der Einsatz der "Legion Condor" als Rettung Spaniens vor dem Kommunismus legitimiert wird?

Die Vergangenheit wurde plötzlich wieder beängstigend lebendig. Bedrückend ist der Gedanke, dass mit der Prädikats-Verleihung diese Auslegung nachträglich sanktioniert wird. Es erhebt sich die Frage: Wie kam dieses Prädikat zustande? + + +

Verantwortlich: Peter Raunau